

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Robert & Comp., Nr. 1252.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verwaltung: Dr. Kämpf, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meustadt und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Eringerlohn in der 41. Woche vom 8. bis 19. Oktober 44.000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 9 000 000 M., Einzelnummer 8 000 000 M., - M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsführer: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselfaß. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatiseite 135 M., die 90 mm breite Reklamseite 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselfaß: 100 000, Familienanzeigen. Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 3000 000 M.

Nr. 236

Dresden, Dienstag den 9. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Republik und roter Block

Die Stärkung des Proletariats, die der bevorstehende Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung bringen wird, ist den Reuten von rechts sehr wenig angenehm. Besonders wüten wieder die Leipziger Neuesten Nachrichten über „Sowjet-Sachsen“. Sie vergleichen Sachsen mit Bayern und behaupten, daß sich die „Jügellosigkeit“, deren Einzelnen Streifen in Bayern nicht dulden wolle, in noch höherem Maße in Sachsen zeige. Wenn, so führen die N. N. aus, in der proklamatorischen Kundgebung über die Vereinbarungen der beiden Parteien gesagt werde, die staatspolitische Grundlage des gemeinsamen Wirkens der S. S. D. und der D. S. D. in der sächsischen Regierung bilde die Landesverfassung, so werde damit nur Sand in die Augen oberflächlicher Betrachter der Vorgänge gestreut.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten müssen zwar zugaben, daß in dem Programm nichts enthalten sei, was mit der Reichsverfassung in Widerspruch stünde, aber man hilft sich damit, daß man allerhand Dinge in das Programm hineinzieht, die in Wirklichkeit dort nicht zu finden sind. Wer sich, so sagt das Leipziger Blatt, die Mühe nähme, die Einzelheiten genau zu prüfen, wer befreit sei, hinter den verschleierte Worten den wahren Sinn der Richtlinien zu erkennen, der werde sich durch die prächtige polemische Fassade nicht täuschen lassen. Mit solchen Methoden kann man natürlich alles machen. Das einzige, was die Leipziger Neuesten Nachrichten anführen, um darzutun, daß das Programm untreu sei, ist die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gegen die Verfassung gerichtet sei, ist die dort enthaltene Stelle über den Ausbau der proletarischen Hunderttausenden als Abwehrorganisation zum Schutze der Republik. Daß ausdrücklich in unserem Programm zum Ausdruck gebracht wird, daß die Abwehrorganisationen dem Schutze der Republik dienen sollen, stört die Leipziger Neuesten Nachrichten nicht. Nur nichts, der Fude wird verbrannt. Wenn es gegen eine proletarische Regierung geht, kommt es einem Blatt, wie den Leipziger Neuesten Nachrichten, auf eine Entstellung der Wahrheit nicht an.

Es ist ein starkes Stück, wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten es fertig bringen, Sachsen mit Bayern zu vergleichen und davon reden, daß hier die „Jügellosigkeit“ in noch höherem Maße als in Bayern eingedrungen sei. Was ist denn in Sachsen geschehen? Kaum in einem Teile Deutschlands ist die Not der Massen so groß wie in dem hochindustriellen Sachsen, in dem jetzt die Betriebe immer mehr zum Erliegen kommen. Werdend ist die Arbeitslosigkeit so groß. Große Teile der Bevölkerung sind in verzweifelter Stimmung. Was Wunder, wenn Unruhen nicht ganz vermieden werden könnten. Aber jeder vorurteillose Beobachter der sächsischen Verhältnisse muß zugeden, daß es eine fruchtlose Entstellung der Wahrheit ist, wenn es so dargestellt wird, als ob es in Sachsen drunter und drüber ginge. Objektive Zeugen aus bürgerlichen Kreisen, die nach Sachsen kamen, haben auch unumwunden zugegeben, daß sie darüber erstaunt waren, wie wenig die Ordnung in Sachsen erschüttert war. Das Chaos, das hier in Sachsen herrschen soll, existiert tatsächlich nur in den Spalten von Hefenblättern, denen es darauf ankommt, die sächsische Regierung in Mißkredit zu bringen, ganz gleich, ob sie durch diese Heze die sächsische Wirtschaft schädigen. Wo hat sich die sächsische Regierung über die Reichsverfassung und die Reichsgesetze hinweggesetzt, wie das die hohlerische Regierung fortgesetzt tut. Die sozialistische sächsische Regierung hat stets erklärt, daß sie sich streng an die Verfassung halten werde. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich nur deshalb an der Bildung von Selbstschutzzorganisationen beteiligt, weil Reichsregierung und bürgerliche Reichstagsmehrheit nicht das Notwendige tun, um die Republik gegen Angriffe von rechts zu sichern. Und Zeigner führt seinen Kampf gegen Geßler gerade deshalb, weil dieser Mann eine Gefahr für die demokratische Republik und für die Verfassung ist. Wenn Sachsen sich nur einen kleinen Teil der Verfassungsverletzungen leistete, die sich Bayern dauernd gestattet, so hätte das Reich schon längst eingegriffen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages würde einer Verfassungsverletzung, die von der roten Regierung Sachsens ausgeht, nicht so geduldig zusehen wie den bayrischen Vergehen und Verbrechen.

Es gibt auch einige wenige bürgerliche Blätter, die das ernstlich. Zu ihnen gehört das Leipziger Tageblatt; es äußert sich über die „rote Koalition in Mitteldeutschland“ und schreibt: „Die Entwicklung, die zu einer näheren Zusammenarbeit zwischen S. S. D. und D. S. D. führe, sei vorbereitet und gefördert dadurch, daß sich in Mitteldeutschland die Kluft zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Republikanern immer mehr erweitert habe. In Sachsen habe besonders die Politik von Zeigner gegen Geßler das Verhältnis zwischen den Sozialdemokraten und Demokraten ungünstig beeinflusst. Auf der anderen Seite aber habe auch die Deutsche demokratische Partei in Sachsen wie in Thüringen in den letzten Monaten nicht immer glücklich operiert und den Trennungstendenzen zwischen sich und den Deutschen Nationalen nicht deutlich genug gezogen. Infolgedessen fehle gegenwärtig in Mitteldeutschland die psychologische Voraussetzung für die Bildung der großen Koalition, die ja auch hier das Ziel des politischen Strebens sein müsse.“

Die Auslassungen des Leipziger Tageblattes zeigen, daß auch vom bürgerlichen Standpunkt aus ein besseres Ver-

stehen der Lage in Sachsen möglich ist, als gewisse Schorf-macherblätter zugehen wollen. Die sächsischen Demokraten haben allerdings mit dabei geholfen, uns einer sozialistisch-kommunistischen Regierungsbildung näherzubringen. Sie haben, was ja auch das Leipziger Tageblatt nicht absagen will, ständig dem sächsischen Volke darüber Aufklärung unterrichtet gegeben, wie wenig zuverlässige bürgerliche Republikaner es gibt, so daß das Verlangen des Proletariats nach einer Einheitsfront dadurch gefährt werden mußte.

Ein schäblicher bürgerlicher Demokrat müßte es von seinem Standpunkte aus sogar begrüßen, daß Sozialisten und Kommunisten sich zum Schutze der Republik zusammenschließen. Wenn auch die Kommunisten theoretisch die Demokratie ablehnen, so ist doch kein Zweifel daran, daß heute, wo die demokratische Republik so schwer von rechts bedroht ist, kein festeres Bollwerk für die Republik in Deutschland denkbar ist, als proletarische Regierungen in Sachsen und Thüringen, die das ganze Proletariat ihres Landes geschlossen hinter sich haben. Das Leipziger Tageblatt meint, hier in Mitteldeutschland fehlten die psychologischen Voraussetzungen für eine große Koalition. Das ist aber durchaus nicht das Ausschlaggebende. Die Hauptsache bleibt, daß wir hier in Sachsen und Thüringen proletarische Mehrheiten in den Parlamenten haben. Wenn in Preußen und in vielen Einzelstaaten die Sozialdemokratie zu einer Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien bereit ist, so doch in erster Reihe deshalb, weil eben dort keine proletarische Mehrheit vorhanden ist und unsre Partei glaubt, durch ihre Beteiligung an der Regierung einen größeren Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte bekommen zu können. Unfre Partei würde sich aufs schwerste gegen die Interessen der werktätigen Massen verhalten, wenn sie nicht dort, wo eine proletarische Mehrheit im Parlament vorhanden ist, danach strebte, eine rein sozialistische Regierung zu bilden.

## Die Sozialdemokratie zur Lage

Zu Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion machte der Abgeordnete Genosse Dr. Breitscheid in der gestrigen Reichstags-Sitzung folgende Ausführungen:

Hg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Vor einer Woche, als wir die Debatte über die Regierungserklärung vorbereiteten, war die politische Situation verhältnismäßig einfach. Mühsam überredete man dann die Regierungskräfte, die alles auf den Kopf stellten. Wir haben uns ja in Deutschland allmählich an Ministerkrisen gewöhnt, doch nie sind Parlament und Volk bisher in einer so unangenehmlichen Weise mit einer Krise überfallen worden wie in der vergangenen Woche. (Sehr wichtig links.) Einsteilen ist die Regierungskräfte beigelegt. Aber die Empfindungen, mit denen wir heute an die Arbeit gehen, sind anders als vor einer Woche. Derartige Tage wie die letzten erlebt man nicht, ohne daß sie eine tiefe Spur hinterlassen. Unbeeinträchtigt durch diese Vorgänge leben wir Sozialdemokraten einige Tausende nach wie vor gleich. Wir bilden die Aufgabe des passiven Widerstandes. Der wesentliche Grund für den Verzicht auf diese Kampfmethode lag auf finanziellem Gebiete. Deutschland war nicht mehr in der Lage, diese passive Resistenz wirtschaftlich und finanziell noch länger auszuhalten. Der schwärze Vorwurf muß jedoch erhoben werden gegen das Kabinett Cuno, das

eine Politik der Verschleierung und der Illusionen getrieben hat. (Sehr wahr!) Die passive Resistenz war für jene Regierung Selbstzweck geworden, sie war nicht Mittel zum Zweck. Aber einmal kommt das schlimme Gewand. Das Bedenkliche ist nur, daß die Nachfolger Cunos gesteinigt werden sollen, weil sie kein unmögliches Unternehmen zu liquidieren genötigt sind. Wir Sozialdemokraten sind auch heute noch der Ansicht, daß die Einklinkung des Widerstandes im Ruhrgebiet berechtigt und notwendig gewesen ist. Wir hielten und halten den französischen Einbruch für unvereinbar mit dem Völkerecht und mit dem Sinne des Versailler Vertrages. Das Verhalten Deutschlands war daher ein Abbruch der Notwehr. Wir Sozialdemokraten sind von Anfang an dafür eingetreten,

die Gewaltlosigkeit gegen die Gewalt einzusetzen; auf diesem Wege konnte am besten die Aufmerksamkeit der Welt auf die Leiden Deutschlands gerichtet werden. Aber man mußte sich darüber klar sein, daß der passive Widerstand nur Bedeutung haben konnte, wenn dadurch Verhandlungen mit Frankreich und den Alliierten herbeigeführt werden konnten. Aber die Regierung Cuno hat die Hände in den Schoß gelegt und auf England gehofft. England aber hat für uns vollkommen versagt. Im März fand nach der Erklärung des Außenministers v. Rosenbergs der passive Widerstand auf seinem Höhepunkt. Er ließ sich nicht mehr verstärken und die Note Frankreichs infolge des passiven Widerstandes waren auf ihrem tiefsten Stande angelangt. Trotz der Erkenntnis, daß deshalb der passive Widerstand zu jener Zeit abgebrochen werden mußte, hat die Regierung Cuno unter dem Druck gewisser Personen und Kreise dies nicht gewagt. So kam der Zusammenbruch eines Kampfes, der unter Aufsicht gewaltiger Kräfte und eines großen Geldmanes acht Monate lang geführt worden ist. In den finanziellen Erwägungen kam noch eine

gewaltige Demoralisation im Ruhrgebiet. Mehr und mehr lebten große Teile der Bevölkerung dort von der Staatsunterstützung, die sie geradezu als eine selbstverständliche Gewohnheit betrachteten. Kreise, die uns allen bekannt sind, haben die Mittel, die ihnen aus der Staatskasse auf Kosten der Reichs- des deutschen Volkes zugewendet wurden, benutzt, um einen Kampf gegen eben dieses deutsche Volk zu führen, durch ihre Spekulationen gegen die deutsche Währung. Es gab Leute, die an Stelle des passiven Widerstandes den aktiven treten lassen wollten. Zu-

## Das Ermächtigungsgesetz

Im Reichstag ist der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsmäßigungen vorgeschriebenen Mehrheit angenommen worden. Das Ermächtigungsgesetz lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Rente und Unterstützungen der Versicherten und Rentenspenden der Sozialversicherung sowie der Rentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung über ihrer parteipolitischen Zusammenfassung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

## Französische Interventionsdrohung

Paris, 8. Oktober Die Presse veröffentlicht folgende Note. „Die amtlichen Kreise von Paris verfolgen die Ereignisse in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Wenn jedoch der französischen Regierung daran gelegen sein muß, ständig über die Lage unterrichtet zu bleiben, deren Entwicklung schließlich ein Eingreifen erfordern kann, so wird die Regierung sich nicht auf eine bloße beobachtende Haltung beschränken. Frankreich ist jetzt schon entschlossen, nicht zu dulden, daß das deutsche Chaos sich in Form heftiger Bewegung in den besetzten Gebieten auswirken kann. Alle Maßnahmen sind getroffen, damit die Ruhr im Ruhrgebiet und Rheinland nicht gekürrt wird.“

## den Krieg mit Frankreich?

Mit welchen Mitteln wollen sie diesen Krieg geführt wissen? Der Krieg mit Frankreich mit allen seinen Konsequenzen scheint uns ein Wahnsinn, im besten Falle ein heroischer Wahnsinn. Herr Poincaré, der zum unbefristeten Sieger geworden ist, hat der deutschen Regierung erklären lassen, daß er mit dem Abbruch des passiven Widerstandes zu Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationsfrage bereit sein werde. Von deutscher Seite ist geantwortet, was geheißen konnte. Doch Poincaré findet Tag für Tag neue Vorwände, er will Zeit gewinnen und auf das Chaos in Deutschland warten. Wenn der französische Ministerpräsident in den Rheinlanden den Separatismus heraufbeschwören will, so erklären wir:

die Rheinlande sind deutsches Land und sie müssen deutsches Land bleiben.

Die Schaffung eines selbständigen Rheinlandes durch Frankreich wäre eine fortgesetzte Verunsicherung Europas, die Gefahr einer neuen blutigen und bewaffneten Auseinandersetzung. Durch diese Politik kann sich Poincarés der Ruhm erwerben, der Zerstückelung Europas geworden zu sein. Daher verlangen wir von der Regierung, daß sie nichts unversucht läßt, um trotz aller Gefahren zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, zumal in einem Zeitpunkt, wo Herr Stinnes den Weg zu General Degenne gefunden hat. (Sehr gut!)

Sehr ernste Dinge haben sich in der letzten Woche angepielt. Kämpfe in der

eine Episode in einer großangelegten Bewegung.

Die Reichswehr hat diesem Aufstand ein Ende gemacht. Sie muß unter allen Umständen ein Instrument der Republik sein. Wir hatten es jedoch für unmöglich, daß die vom Reichswehrminister beauftragte Presseorgane über die deutschen Vorgänge aufrechterhalten bleibt. Die Gefahr, die über Deutschland droht, ist natürlich nicht gebannt. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die rückwärtslose Energie zur Unterdrückung nationalistischer Bewegungen anwendet. Schon aus diesem Grunde ist die Weichen unserer Politik für die Wiederbelebung der alten Koalition gezogen.

In Bayern ist einseitig der Antisemitismus durch den blauweißen Welschbub andgetrieben worden. (Sehr gut! links.) Herr Hitler, der Vertreter der schwarzweißen Couleur, ist ein offener Feind, der das ganze Reich auf eine andere verfassungsmäßige Basis zu stellen entschlossen ist. Seine Partei lautet nicht: „Los von Weimar!“, sondern: „Auf, gegen Weimar!“ Herr Kahr ist ein minder offener Feind der deutschen Republik, aber nicht minder bedenklich als Herr Hitler. Der von ihm verhängt Ausnahmezustand ist verfassungswidrig, an sich und in der Tat. In dem Augenblick, wo die Reichsregierung ihrerseits den Ausnahmezustand ausbricht, ist der in Bayern ausgesetzte bisjähig geworden. Aber mehr will einen Ausnahmezustand gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Republik, zugunsten aller reaktionären und nationa-

istigen Elemente. Kurzgehandt sämtliche kommunistische Zeitungen, sogar deren Seiten zu verbieten, ist ein absolut unerträglicher Zustand. Aus der Münchener Post hört man jene Waffen, die mit Zustimmung des bayerischen Innenministers hineingebracht worden sind. Allen reaktionären Organisationen läßt er die Waffen. Vom Reichswehrminister verlangen wir, daß seine Verbote in Bayern durchgeführt werden, wenn die Autorität des Reiches nicht vor die Hunde gehen soll. Die Frage: Reich und Bayern ist nicht eine juristische, sondern eine Machtfrage. Als solche muß sie die Regierung erkennen.

Die Verbote gegen das Parlament sind hart übertrieben. Nicht der Reichstag, nicht einmal der Reichsrat oder Reichswirtschaftsrat haben die Beschlüsse der Regierung aufgehoben, sondern das Institut der Sachverständigenkonferenz. Wenn jetzt durch ein Ermächtigungsgesetz

ein Art von Diktatur geschaffen

werden soll, so dürfen wir nicht verhehlen, daß von links und rechts Monate und Jahre hindurch die Forderung der Diktatur immer wieder erhoben worden ist. Voraussetzung für die jetzt beschlossene legale Diktatur bleibt für uns, daß eine Kontrolle des Reichstages erhalten bleibt; doch haben wir die Möglichkeit, die Regierung zu verlassen, wenn die Regierung auf dem Wege der Ermächtigung Beschlüsse faßt, mit denen wir nicht übereinstimmen können. Aber zwischen der Diktatur des Säbels und der eines parlamentarischen Kabinetts stehen wir diejenige vor, bei der wir selbst die Hand mit am Hebel haben. Die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit läuft hinaus auf das Verlangen nach einem Abbau der Arbeitslöhne. Dadurch will die deutsche Wirtschaft weitere Schmelzkonfurrenz in der Welt treiben. Um die Produktion zu steigern, haben die Gewerkschaften oft genug ihre Stimme für die Verbesserung der Löhne erhoben. Die Gewerkschaften sind auch bereit, für eine Mehrarbeit und Produktionssteigerung überall dort einzutreten, wo es geboten und nötig ist. Die Frage der Befreiung des Schichtentages auf parlamentarischem Wege ist ausgemacht; der Kampf um den Schichtentag selbst wird weitergehen, hier im Parlament beim Arbeitszeitgesetz, dort zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Heute bereits haben die Bergwerke im Ruhrgebiet einen Erlaß angeschlossen, daß sie allem Gesetz und aller Verfassung zum Trotz nicht an der achtstündigen Arbeitszeit festhalten werden. Will sich die Regierung diese

unser Fraktion hat in den letzten Tagen vor schweren Entscheidungen gestanden, wahrscheinlich den schwersten, die von einer politischen Partei verlangt worden sind. Wir haben — das ist kein Geheimnis — lange und schwerlich um diese Entscheidungen miteinander gerungen. Als man uns die Frage vorlegte, ob wir mit der Einmütigkeit des Arbeitszeitgesetzes in das Ermächtigungsgesetz einverstanden wären, und ob wir der Regierung die Vollmacht geben wollten, die Arbeitszeit der Bergwerke wiederherzustellen, antworteten wir mit Nein. Der Druck schien vollzogen. Aber bei der Bildung des neuen Kabinetts ergaben sich die Schwierigkeiten für den Reichstanzler. Ein Kabinettsmitglied in neuer Auflage konnte auf das Vertrauen einer Mehrheit nicht rechnen. Was blieb, war die Auflösung des Reichstages. Wir haben sie gefürchtet, nicht aus parteipolitischen Erwägungen heraus, sondern weil wir Sorge hatten um das Land. Denn eine Regierung, wie sie geplant schien, hätte in der Zeit zwischen Auflösung und Neuwahlen die Front gegen den Ansturm der nationalsozialistischen Unruhestifter nicht halten können. Daher glaubte die Mehrheit der Fraktion, sich dem Versuch einer Wiederbelebung der alten Koalition nicht widersetzen zu dürfen. Keinem von denen, die Ja sagten, ist der Entschluß leicht geworden. (Sehr richtig!)

Aber wir wollten durch unsere Beteiligung an der Regierung den Unruhestiftern gegen den Bestand der Republik begegnen; wir wollten den Achtstundentag retten und in der Innenpolitik die Kleinrentner der Großindustrie und des Agrarierums unmöglich machen.

Unsere Absicht war, eine auswärtige Politik zu verhindern, die die Gefahr eines wahnsinnigen Krieges heraufbeschworen hätte. Wir wissen, daß unsere Entscheidung von vielen unserer Anhänger im Lande zunächst schwer verstanden werden wird. Aber wir glauben, eine nüchternere Politik getrieben zu haben, die sich von Illusionen jeder Art freihält. Wir sind überzeugt, daß die Geschichte uns einmal Recht geben wird und daß unsere Anhänger im Lande erkennen werden, daß in diesem Moment dieser Schritt getan werden mußte. Sicher ist, daß die Koalition zusammenbrechen muß, wenn die bürgerlichen Parteien in ihr die „subversiven Elemente“ nicht von sich abschütteln. Vor allem der Reichstanzler muß eine starke Hand besitzen, um diejenigen zurückzubringen, die seine eigene Politik konterkarieren. Durch den Kampf um „Wider den Marxismus“, lassen sich unsere Ideen nicht töten. Sie können uns das Leben rauben; aber die Ideen von Karl Marx werden leben. Von Marx wird man reden, seine Grundrissen werden zum Siege gekommen sein, wenn die Spuren unserer aller Götter längst vom Winde verweht worden sind. Ihr hundert uns, doch ihr zwingt uns nicht! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kräfte bei uns verbraucht wird. Alle Beschlüsse müssen zur Befreiung der Arbeitsintensität befreit werden. (Beifall.)  
Abg. Koch, Weser (Dem.): begrüßt die Wiederkehr der Revolution. Die Zahlung in Papiergeld dürfte nicht verweigert werden. Der Grundbesitzer allerdings scheint das Papiergeld nicht zu brauchen, ein Beweis, wie er neuerlich gekostet wurde.  
Von den Regierungsparteien ist folgendes

Vertrauensvotum  
eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Abg. Kemmerle (Komm.): Dr. Stresemann hat schon 1920 in seinen Reden erklärt, der jetzige Parlamentarismus sei ein Nahrungsmittel, das beiseite gelassen werden müsse. Diese Absicht will er jetzt als Mitglied und Kanzler der Regierung durchzuführen. Wenn früher Parlamente durch eine Militärdiktatur beschränkt wurden, so werden die sich wenigstens, die meisten Generale des Herrn Gessler aber haben dem Parlamentarismus nur die seitene Schärpe geschleift, und dieser Reichstag hat sich daran auf. Das ist der Sinn des Ermächtigungsgesetzes. Das Ermächtigungsgesetz soll erreichen, daß die Niederschlagung des Parlamentarismus durch die weite Diktatur sich in der Dunkelkammer ohne Kontrolle von Parlament und Presse vollzieht. Die Generale und die Fraktion der A. P. D. erklärt an die wertvolle Bevölkerung Deutschlands einen Aufruf zur Abwehr der kapitalistisch-junkerlichen Militärdiktatur (Beifall bei den Kommunisten.)

Innenminister Sellmann geht auf die blutigen Vorgänge in Düsseldorf aus Anlaß der Sonderbündertagung ein. Der französische Ministerpräsident habe es für zweckmäßig gehalten, die Hochverräter in Schutz zu nehmen und die deutschen Polizeibeamten eines Gemeyels und eines Blutbades anzuschuldigen. Der Minister legt namens der Reichsregierung gegen eine derartige Verleumdung deutscher Beamten scharfste Verwahrung ein. (Lebhafte Beifall.) Die Sonderbündler begingen eine Tat, die sie von Rechts wegen hinter Schloß und Riegel zu legen hätten.

Reichswehrminister Dr. Gessler befragt die Vorgänge in Kärnten als „eine Komödie“ und spricht der Reichswehr seinen Dank aus. Er werde die ihm anvertraute Macht rücksichtslos einsetzen. Herr v. Graefe habe behauptet, gewisse militärische Verbände seien im Auftrage der Regierung oder mit deren Billigung getroffen zu haben, und habe dafür General Seck und andre Herren als Zeugen benannt. Ein solcher Vorwurf sei der Regierung von Dresden gemacht worden. Der Minister erklärt, daß er, um allen den Treubrücken entgegenzutreten, General von Seck von seinem Amtsgewinn entbunden habe. (Hört, hört!) Die für die Presse erlassene Senzurenverordnung werde in aller Eile aufgehoben werden.

Justizminister Dr. Radbruch befragt die Behauptung des Abg. v. Graefe, daß ein Beamter der Leipziger Gefangenenanstalt die Festhaltung Kobbachs juristisch als einen Skandal bezeichnet habe; wäre es wirklich geschehen, so sei das ein juristischer Skandal, der seine disziplinarische Aburteilung finden werde.

Abg. Ledebour (U. S. P.) sagt dem Kabinett Kampy an. Von den Kommunisten ist namentliche Zustimmung über das Vertrauensvotum beantragt worden. Von den Sozialdemokraten ist folgender Antrag eingegangen:

Der Reichstag billigt die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung und erwartet, daß die Reichsregierung baldig eine Änderung der Lage herbeiführt.

Nach dem Schlußwort des Abg. Bark (Komm.) wird das Vertrauensvotum für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Sämtliche Anträge auf Befreiung des Ausnahmezustandes im Weiche und in Bayern werden abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, in dem die Rechtsauffassung über die bayerische Ausnahmeverordnung gebilligt wird, wird angenommen.

Dienstag nachmittags 2 Uhr: Ermächtigungsgesetz, Währungsreform und kleinere Vorlagen. Schluß 12 1/2 Uhr nachts.

Der Angriff auf den Achtstundentag

Gestern früh wurde der Ruhr-Arbeiterschaft durch Anschläge in sämtlichen Betrieben des Ruhrgebietes mitgeteilt, daß von nun an die 8 1/2stündige Arbeitszeit im Bergbau wieder eingeführt werde. Genau wie im Frieden, sollen die Ein- und Ausfuhrzeiten nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Gegen diesen Verstoß, den Achtstundentag einfach durch ein diktatorisches Verfügungen zu befeitigen, wenden sich sämtliche Gewerkschaftsleitungen im Ruhrgebiet, mit Einschluß der Polen, mit einem Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Unter grober Verletzung der gesetzlichen Verordnungen über die Regelung der Arbeitszeit, des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau, des Betriebsrätegesetzes, des Tarifvertrages und der Arbeitsordnung haben die Grubenbesitzer des rheinisch-westfälischen Bergbaues einstimmig am 8. Oktober eine Verlängerung der Arbeitszeit diktiert. Sie befehlen einfach 3 1/2 Stunden für den unterirdischen Betrieb, 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tag.“

Das Vorgehen der Unternehmer ist ein unerhörtes, bisher noch nie dagewesener Vorgang in der Geschichte der Regelung von Arbeitsbedingungen. Kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, können ein derartiges diktatorisches Vorgehen hinnehmen.

Die unterzeichneten Organisationsleiter fordern deshalb die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und an den Tarifvertrag zu halten.“  
Der Reichsarbeitsminister hat, um einen Konflikt zu vermeiden, vorgeschlagen, die Frage der Arbeitszeit am 10. Oktober gelegentlich der Lohnverhandlungen zwischen den Tarifparteien zu erörtern. Bis dahin soll von einer einseitigen Änderung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abgesehen werden.

Angewidert haben die Bergwerksunternehmer eines Rückzugs angetreten. Als die erste Nachricht von dem Verstoß der Grubenbesitzer in Berlin eintraf, hat der preussische Handelsminister, Genosse Siering, die italienischen Zeichen im besetzten Gebiet sofort angewiesen, die Anordnungen des Reiches nicht zu befolgen. Dadurch wurde die Einheitsfront der Grubenbesitzer durchbrochen und der Rest des Grubenverbandes hat es vorgezogen, angesichts des einmütigen Widerstandes und ihrer Vertreter in der Reichsregierung und im preussischen Kabinett, ihre Anordnungen zurückzunehmen.

Kombinationen zur Regierungsbildung

(N.) Verschiedene Mütter bringen Meldungen über die Zusammenfügung des neuen sozialistisch-kommunistischen Ministeriums, die lediglich Kombinationen sind. Es wird gesagt, daß die Kommunisten das Finanzministerium und das Ministerium für Volksbildung erhalten und daß sie für das erste Brandler, für das zweite Böttcher präsentieren werden. Andre Wälder nennen Böttcher und Kemner oder Brandler und Schneller.

In Wirklichkeit steht sowohl über die Verteilung der Ministerien wie über die Auswahl der Minister bis jetzt noch nichts fest. Die Entscheidung wird erst Mittwoch fallen.

offenkundige Verletzung der Gesetze gefallen lassen?  
Als dahin war die Frage der Arbeitszeit gegenwärtig ganz unaktuell. Sie ist nur in die Debatte gekommen, weil man glaubte, mit ihrer Hilfe die Sozialdemokraten aus dem Kabinett befeitigen zu können.

Die Debatte im Reichstag

886. Sitzung, 8. Oktober, 12 Uhr mittags

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Damit verbunden sind der deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich und die kommunistischen Anträge auf Befreiung der militärischen Nachrichtenzensur, der bayerischen Antispreiherordnung, des Ausnahmezustandes in Bayern und im Reiche sowie der bayerischen Verordnung gegen die kommunistische Presse.

Abg. Breitfeld (Soz.) ist der erste Redner. Seine Ausführungen geben wir an besonderer Stelle wieder.

Abg. Dr. Bell (Zent.): Wir haben die Einleitung der jetzt beendeten Regierungserklärung sehr bedauert. (Beifall.) Durch das Ermächtigungsgesetz darf sich das Parlament durchaus nicht ausschalten. Die Souveränität der Volkvertretung darf nicht in die Hände eines einzelnen übergehen. Weder Diktatur noch verfassungsmäßige Ausnahmestellung dürfen wir uns gefallen lassen. Das ist auch nicht der Sinn des Ermächtigungsgesetzes. Dieses hat nur für eine vorübergehende Zeit der Not die Erledigung notwendiger Maßnahmen zu beschleunigen. Wir dürfen aber andererseits erwarten, daß in manchen Kreisen der Groß- und Schwerindustrie der Grundgedanke des Gemeinwils mehr in die Erscheinung tritt, als wir es in den letzten Tagen gesehen haben. (Beifall.) Wir wollen und werden das Weisland niemals im Stich lassen. Deutschland kann nicht durch das Phantom des starken Mannes, sondern nur durch ein starkes Volk gerettet werden. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Dnat. Wp.): Wir können das neue Kabinett nur mit den Worten begrüßen: „Ihr habt euch wieder, schwankende Gestalten.“ Schwankende Gestalten, groß und fei, haben die Verhandlungen der letzten Wochen geführt. Hohn und Spott fordern sie heraus und Scham und Empörung. Draußen vor den Türen steht der Feind (Rufe bei den Sozialdemokraten: In Weimar!) und hier wird tagelang über die Zusammenfügung der Regierung verhandelt. Der Parlamentarismus hat versagt. Die Männer der Wirtschaft haben sich diesem Parteigetriebe, diesem Parlamentarismus, dieser Koalition und diesem Dr. Stresemann, der mit den Sozialisten regieren will, versagt. Lange wird diese große Koalition nicht halten. Vor einem Jahre sagte er, man könne nicht mit einer vom Geiste Krispiens beherrschten Partei zusammenregieren. Wir sagen im Gegenteil,

daß in Deutschland nur gegen die Sozialdemokraten regiert werden kann.

Wir verlangen und fordern die Auflösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Der vorherrschende Einfluß, den die Sozialdemokratie bisher in allen Regierungen nach der Revolution gehabt hat, macht uns eine Unterfütterung des Kabinetts Stresemann unmöglich. Wir stimmen ein in den im Lande jetzt so populären Ruf: Los vom Marxismus! (Unruhe, Zurufe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wir sind mit diktatorischen Befugnissen einer Regierung einverstanden, wenn die Ausführung

in die Hände der Militärbefehlshaber gelegt würde.

Eines Regierung der großen Koalition können wir solche Befugnisse aber nicht subilligen. Eine unter sozialistischer Vorkaufsrecht stehende Regierung darf nicht diktatorische Befugnisse in Fragen des Eigentums haben. Dr. Breitfeld ist noch außen hin zwar passiv, nach innen aber rücksichtslos Gewaltpolitiker. Wir leben die von ihm geforderte Gewaltpolitik gegen Bayern ab. In v. Noth haben wir volles Vertrauen. (Gelächter und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Dr. Hilferding hat als Finanzminister vollkommen versagt. Jetzt befreit die große Gefahr, daß das Volk wegen des Mangels einer festen Währung kein Brot bekommt. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sie gestehen also ein, daß die Landwirte das Volk verhungern lassen!

Große Unruhe.) Die Gefahr besteht in der Tat, daß das Volk aus Mangel an Zahlungsmitteln verhungert. (Erneute große Unruhe links. Rufe: Schämten Sie sich denn nicht?) Sie (zu den Soz.) lassen das Volk verhungern, wenn Sie nicht das Zahlungsmittel schaffen, mit dem die Ernte der Bevölkerung angeführt werden kann. (Unruhe links.) Das jetzige Papiergeld ist doch kein Zahlungsmittel mit keine Währung. Dafür kann doch keiner etwas kriegen. (Stürmische Rufe bei den Soz.: Das kriegen die Arbeiter und Sie wollen ihnen dafür kein Brot geben! Große Erregung im Hause.) Dadurch, daß aus parteipolitischen Gründen die Lösung des Währungsproblems verhindert worden ist, entsteht die Gefahr.

daß das deutsche Volk bei vollen Scheunen verhungert. (Erneute Unruhe und Rufe: Sie reizen die Bayern zur Hungertodkade an!) Leider ist die dringend notwendige Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen.

Der Widerstand im Ruhrgebiet mußte zum aktiven gemacht werden. (Rufe bei den Soz.: Was verstehen Sie darunter? Sabotageakte?) Die Sabotageakte waren die berechtigten Notwehr eines verwehrteten Volkes und geradezu nationale Pflicht! (Rufe bei den Soz.: Sie treiben Nationalaktivität! Unruhe!) Ist es richtig, daß General Kollert neue Entwaffnungsforderungen gestellt hat? Wird die große Koalition ein solches Verlangen endlich mit

dem Abbruch der Beziehungen zu Frankreich

beantworten? (Rufe bei den Soz.: Und was dann?) Wir verlangen den Abbruch dieser Beziehungen mit allen Konsequenzen. (Rufe bei den Soz.: Also den Krieg?) Ja, leben wir denn nicht im Frieden? Ist nicht der Berliner Vertrag die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln? (Lebhafte Zustimmung rechts. Abg. Ledebour: Sie wollen also den Einmarsch der Franzosen? Gelächter rechts.) Mit der Möglichkeit eines solchen Risikos rechnen wir. (Rufe links: Und dann?) Was wir dann zu tun haben, darüber will ich mich jetzt nicht äußern. Wir lehnen es ab, feindliche Gewalt durch feige Unterschreift zu befeigen. (Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen. Rufen und Protest bei den Soz. und Komm.)

Reichstanzler Dr. Stresemann:

Wenn der Vordränger Scham und Empörung über die Vorgänge der letzten Wochen empfindet, lag es doch an den Deutschen Nationalen, die Regierungserklärung zu vermeiden. Statt dessen haben sie aber in das Feuer hineingebissen. (Unruhe rechts und lebhaft Zustimmung der Mehrheit.) Es ist sehr bedauerlich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der jetzigen Koalitionsregierung ausspricht. Ein nationaler Mann möchte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. (Gelächter bei der Dnat. Wp.) Sie sind in Opposition getreten gegen dieselben Steuern, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben dieselben dem Kabinett Cuno bewilligt, aber nicht dem deutschen Vaterlande. (Sehr gut!) Das deutsche Volk weiß jetzt von einem Schlagwort zum andern getrieben. Jetzt heißt es wieder:

„Los vom Marxismus!“

Definieren Sie doch einmal, was Sie darunter verstehen. (Rufe bei der Dnat. Wp.: Aufhebung des Privateigentums! Gelächter bei der Mehrheit.) Daß von einer marxistischen Vorherrschaft im Kabinett nicht gesprochen werden kann, beweist am besten die Gognerschaft der sozialdemokratischen Parteiparstellung gegen die jetzige große Koalition. Der Gegensatz zwischen Politik und Staatsmannschaft beginnt da, wo man auch Unpopularität auf sich nimmt, um des größeren Zweckes willen. (Beifall.) Darum haben alle Parteien bei der Bildung der großen Koalition Opfer gebracht. (Abg. Schulz [Wormberg, Dnat. Wp.]: Zumeist mitzungen!) Ich, Sie tangen ja so gerne mit, wenn Sie nur eingeladen würden. Ein Ermächtigungsgesetz hätte doch eine rein bürgerliche Koalition nie gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten durchsetzen können. (Abg. Graf Westarp: Dann müßte der Reichstag aufgelöst werden!) In dieser kritischen Zeit, wo große Gebiete im Westen besetzt sind, können wir unmöglich unter Volk der Befreiungsprobe von Reichstagswahlen ausweichen. Mit dem passiven Widerstand haben wir keineswegs den Kampf für den freien ausgegeben. Diesen Kampf können wir nur führen mit einheitlich nationalem Idealismus, nicht mit einem Rechts- oder Einheitsbrot. Für diesen Idealismus

auch materielle Opfer zu bringen,

das ist wirklich national. (Beifall.) Ich muß mein größtes Bedauern darüber ausdrücken, daß Abg. Graf Westarp über das Recht auf Zurückweisung deutschen Papiergeldes hier Worte gesprochen hat, die geradezu katastrophal sind. (Zustimmung der Mehrheit.) Wir müssen vom ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir das Chaos. Deutsche Arbeiter, Beamte und Kleinrentner lassen sich, auch mit Papiergeld bezahlen, und die schwierige Lage der Landwirtschaft gibt niemand ein Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergeldes herauszuschleudern. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit, Widerspruch und Unruhe bei der Dnat. Wp.) Der Kampf um den Rhein geht weiter. Mollen wir ihn erfolgreich führen, dann schaffen Sie die Voraussetzungen, daß er durch ein geeinigtes deutsches Volk geführt wird, das im Sinne der Volksgemeinschaft wirkt. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen Abg. Schulz [D. Wp.]: Der Redende vom Vordränger oder Diktator der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition muß ein Ende gemacht werden. Die Deutsche Volkspartei erwartet von der Regierung nicht nur Wiederherstellung von Recht und Ordnung, sondern auch

der Staatsautorität in Sachsen und im Reiche.

(Großer Lärm links, der minutenlang anhält, und Zurufe.) Weder Verdrängung noch eine sonstige Währung läßt sich aufrechterhalten, wenn es und nicht gelingt, das Minus an Produktion zu befeitigen. Bedenken Sie, daß jetzt mehr englische als deutsche

Dienstag den 9. Oktober 1933  
Der Reichstag...  
Konzerter...  
Johann...  
Sänger...  
Dresden...

# Vor den Berliner Vorstandswahlen

Der Berliner Bezirksparteitag beschäftigte sich am Sonntagmorgen mit den politischen Ereignissen der letzten Wochen. Die Verhandlung lag in den Händen der Genossen Gork und Kupfer. Genosse Gork führte aus, daß die Forderungen, die Dr. Schulz am Dienstag vorbrachte, nichts anderes waren als ein schweindustrielles Diktat. Der Verlauf der Krise hat gezeigt, daß dieses Diktat auch in den bürgerlichen Parteien Ablehnung fand. Im Mittelpunkt des schweindustriellen Programms stand die Forderung der Durchbrechung des Normalarbeitsgesetzes. Hätte die Sozialdemokratie zugestimmt, so hätte das schrankenlose Ausdehnen des Arbeitsgesetzes und die Erfüllung jener Forderungen, die Hugo Stinnes bereits im November v. J. im Reichstagswettbewerb erhob und die besonders auf eine zweifelhafte Mehrheit der Arbeitererschaft hingielen, bedeutet. Durch die Regelung, die auf Grund der Weiskotte vom November v. J. getroffen worden war, hat die Sozialdemokratie die Zustimmung der Deutschen Volkspartei für eine grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages und eine gesetzliche Regelung der Ausnahmen erhalten. Im übrigen bemerkte der Redner, daß die Frage der Aufrechterhaltung des Achtstundentages keineswegs ausschließlich durch das Parlament vollzogen werden könne, sondern daß die Kämpfe geführt werden müssen in der Öffentlichkeit durch die Gewerkschaften und aus den Betrieben heraus. Die kommende Krise wird die Entscheidung bringen; denn überall, wo der Achtstundentag in der Welt abgebaut worden ist, in Italien, in der Schweiz, in Frankreich und Belgien hat sich immer gezeigt, daß man es dann gemacht hat, wenn die Arbeiterkraft durch die Krise zermürdet worden war. Das schweindustrielle Programm wurde ergänzt durch die Forderung nach Aufhebung der Demobilisierungsverordnung und nach Befreiung der Rechte der Zwangsarbeit. Auch hier ist erreicht worden, daß diese Fragen eine gesetzliche Regelung erfahren. Die Gefahren, die in dem ganzen Ermächtigungsgesetz liegen, sind nicht zu übersehen. Sie sind aber das kleine Übel angesichts der Tatsache, daß hier — wie Stresemann am Sonnabend in seiner Rede ausführte — die illegale Diktatur mit ihrem Blut und Schreden verdrängt und durch die legale Diktatur ersetzt wird. Es ist ein Versuch, die Einheit des Reiches zu erhalten und den Schlag der sich zum Angriff vorbereitenden Reaktion abzuwehren. (Beif. Beifall.)

Darauf ergreift Genosse Kupfer das Wort und führt aus, daß die ganze Krise die Frage der großen Koalition verneint habe. Die große Koalition sei keine politische, sondern eine ökonomische Frage. Das schweindustrielle Programm sei der Sozialdemokratie seit langem in allen möglichen Ausschüssen und Sitzungen präsentiert worden, auch die Vorbereitung zu einer Diktatur. Demgegenüber hat die Widerberlei in der Partei und Fraktion den Widerstand gegen die große Koalition geführt, während durch die Zustimmung der Weiskotte der Schweindustrie die Wirtschaft zur Liquidation der gegenwärtigen Wirtschaft gezwungen worden sind. Allerdings hält die Vereinbarung über das Arbeitsgesetz grundsätzlich den Normalarbeitsgesetz aufrecht, aber sie läßt Ausnahmen zu, die gesetzlich geregelt werden sollen. Damit werden auch die behördlichen Ausnahmen geregelt. Darin sieht der Redner die große Gefahr für den Achtstundentag und die grundsätzliche Änderung der Sozialdemokratie. Zum Ermächtigungsgesetz selbst führt der Redner aus: Wenn man eine Diktatur unbedingt möglich und notwendig ist, wie Genosse Gork ausgeführt hat, so müssen wir doch die Frage aufwerfen, warum es nicht unsere Diktatur ist. Es liegt die Gefahr vor, daß sich in dem Diktatium — und nichts anderes ist die gegenwärtige Regierung — unsere Leute nicht durchsetzen. Die drei wichtigsten Ministerien, nämlich die Wirtschaft, die Finanzen und die Sozialpolitik, befinden sich in bürgerlichen Händen. Sogenannte diesen starken Argumentationen wird es den sozialdemokratischen Ministern schwer fallen, sich durchzusetzen, gerade besonders deshalb, weil eine nachträgliche Korrektur durch den Reichstag, also das Parlament, nicht möglich ist. Die Bedenken, die gegen das Ermächtigungsgesetz sprechen, sind so schwer, daß sich die Opposition in der Praxis überlegt hat, ob es nicht angebracht sei, gegen das Gesetz zu stimmen. Wir haben nur deshalb davon abgesehen, weil dieser Beschluß Konsequenzen auch in organisatorischer Beziehung nach sich ziehen würde. Wir haben daher beschlossen, der Abstimmung fernzubleiben.

Die Debatte über die beiden Weiskotte wurde verlagert und beschlossen, zunächst in die Beratung der Anträge zur Wahl des neuen Bezirksvorstandes einzutreten. Ein Antrag, der den Eintritt in die Regierung mitbilligt und der die in Berlin gewählten Abgeordneten auffordert, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, erhält die nötige Unterstützung. Ein Antrag, vor den Beschluß des Parteizentralausschusses vom Sonnabend billigt, wird nicht genügend unterstützt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird auch abgelehnt. — Darauf ergreift

Jenenminister mit aller Aufopferung gegen die Gefahr gekämpft hat. Wenn er die Dinge gemindert hat, so war das nur dadurch möglich, weil im Reich ein Innenminister war, der ebenso Republikaner und Genosse war. Die Reichswehr hat in diesem Sinne allen Zweifel ihrem Mann gestanden. Ich habe den Eindruck, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument ist in der Hand einer verfassungsmäßigen Regierung. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß eine Reichsregierung auch eine verfassungsmäßige Regierung ist. Würden unsere Genossen aus der Regierung austreten, dann würden die Verhältnisse so sein: wir wären die Schwächeren, unsere Gegner wären gut gerüstet und die Bourgeoisie hätte eine gut bewaffnete und militärisch geschulte Reichswehr in der Hand. Demgegenüber steht die Arbeiterkraft gesplittert und in inneren Kämpfen gespalten.

Der Redner verweilte sich dann über die allgemeine politische Lage und wird dabei von einer Reihe von Delegierten heftig unterbrochen, die unerschütterlich den Vorstoß des Reichsvorstandes verlangen. Die Mehrheit setzt es jedoch durch, daß die Sitzung weiterverläuft. Er fährt fort: Durch den Rückgang der Parteipresse in allen Orten, und besonders auch in solchen Orten, die möglichst radikale Töne anschlagen, ist der Einfluß der Partei auf die Massen erheblich reduziert. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften, die durch den Rückgang der Gewerkschaftspresse und die Spaltung der Parteipresse in ihrer Macht geschwächt sind. Deshalb beantworte ich die Frage Aufhänger: weshalb erwidern wir nicht unsere Diktatur? damit: weil wir die Macht und die Kraft nicht dazu haben. In der ganzen Welt ist der Sozialismus und die Sozialdemokratie in die Verteidigung gedrängt. Wenden wir nach England, wo die große Labour Party nach ihrem heillosen Wahlsieg kaum noch in der Lage ist, ihre einzige Tageszeitung aufrechtzuerhalten. Wir haben eine geschlossene Sozialdemokratie nur noch in wenigen Ländern, die vom Krieg verschont worden sind. So sieht es in Wirklichkeit aus die Macht des Sozialismus in der Welt aus. Woher rührt das? Aus der ganzen Entwicklung, die sich in der Partei vollzogen hat. Selbstverständlich ist in Beratungen, die wir unter uns pflegen, schärfste Kritik am Platze. Nach außen müssen wir aber gestojten auftreten. Das ist die erste Voraussetzung, wenn wir mächtig und kräftig sein wollen. Nach dem Kriege kamen Millionen von Arbeitern zurück, ungekult und undiscipliniert und strömten in die Reihen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Sie gingen von einer Partei zur anderen und überall hat man ihnen erzählt, daß die Führer nichts laugen. Die Folge davon ist, daß sie heute bei den Nationalsozialisten gelandet sind. Das ist die große Gefahr der unruhigen Arbeit, und das muß uns warnen, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Konterrevolution scheidet fort, stärkt sich von Tag zu Tag und hält zum entscheidenden Schlage aus. Ich befürchte das alles, wenn sich die Arbeiter nicht um ihre Führer und die alte Frage scharf, um den Kampf für den Sozialismus und die Republik zu führen.

Der Bezirksstag beschloß mit 219 gegen 215 Stimmen, die Wahl sofort vorzunehmen. Der Bezirksstag wird auf Antrag der Mitte der Versammlung um 10 Minuten vertagt, um den Kreisvertretern die Möglichkeit zu verschaffen zu geben. Nach der Wiedereröffnung des Parteitagcs erklären einige Vertreter großer Kreise (Sachsenberg, Reutlin, Grenzauer Berg u. a.), daß sie aus Mangel an Vorbereitung nicht in der Lage seien, Vorschläge zu machen, so daß nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen werden muß, die Wahl in den Kreisen und Abteilungen vorzubereiten und sie am 21. Oktober vorzunehmen.

## Der Landtag auf Donnerstag vertagt

55. Sitzung, Dienstag den 9. Oktober, 1 Uhr

Die heutige Sitzung war von ganz kurzer Dauer. Nach Verlesung der Registrator teils Präsident Winkelmann, daß ein Antrag eingegangen sei, die Sitzung auf nächsten Donnerstag zu verlagern. Der Landtagsvorstand schlägt vor, dem stattzugeben.

Hg. Dr. Senfert (Dem.): Die Verlagerung müßte doch wenigstens begründet werden. Die Verhandlungen, um die es sich hier dreht, werden wahrscheinlich auch bis Donnerstag noch nicht zum Abschluß gekommen sein, weshalb es doch richtiger wäre, die Vertagung gleich bis nächste Woche zu beschließen.

Hg. Schmidt (Soz.): Nicht die Verhandlungen zwischen den Parteien, die abgeschlossen seien, seien die Ursache der Vertagung. Grund zur Vertagung sei vielmehr die Frage der Beibehaltung der Reichswehr. Jedenfalls sei heute Ministerpräsident Dr. Brüning nach Berlin berufen worden, um nochmals in dieser Frage zu verhandeln. Gerade Sie (nach rechts) sollten ein Interesse an diesen Verhandlungen haben. (Widerpruch rechts.) Es entsteht im Hause ziemlich viel Lärm, in dem die folgenden Ausführungen des Redners schwer verständlich sind. Schmidt

den Sänger — gewiß nicht vergebens — bitten, einen Wiederabend für unsere Arbeiterkraft zu veranstalten. P. B.

spricht, zur Rechten gewandt. Sie werden noch froh sein, wenn Sie mit heiler Haut herauskommen. — Der Antrag auf Vertagung bis Donnerstag wird gegen die Stimmen der Dr. Reichlichen angenommen.

**Eine Festschreibung**

(N.) Das Berliner Tageblatt meldet unter dem 6. Oktober aus Dresden, in maßgebenden Kreisen der beiden Regierungsparteien bestünde zur Zeit die Absicht, nach dem Beispiel von Bayern auch für Sachsen ein Staatskommissar zu ernennen. Die Meldung ist falsch. Es hat nie diese Absicht bestanden.

## Gewerkschaftsbewegung

**Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte**

Der Ortsausschuß Dresden des A. D. G. B. veranstaltete Donnerstag den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Kibitz eine wichtige Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch bzw. Betriebsratsausweis lort.

## Der Sächsische Gemeindebeamtenbund

hatte für den 6. bis 7. Oktober seine Bundeshauptversammlung nach Bayreuth einberufen. An Stelle des verhinderten Staatssekretärs Dr. August Müller sprach Syndikus Dr. Waldmann über das Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Beamtenfrage.“ Einen weiteren Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Stellungnahme zum Programm des Deutschen Gemeindebeamtenbundes. Der vom Bundesvorstand des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes vorgelegte Entwurf, der in verschiedener Hinsicht Abweichungen von dem Entwurf des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes enthält, wurde nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit angenommen; verschiedene Anträge, die sich in der Richtung des Programms des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bewegten, wurden abgelehnt. Die nachstehenden Einschließungen fanden im Anschluß daran ebenfalls Annahme:

1. **Reichsverfassung.** Der Sächsische Gemeindebeamtenbund wird die Reichsverfassung vom 11. August 1919 gegen jeden Angriff schützen und jeder Verletzung der demokratisch-republikanischen Verfassung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Er ist sich in der gegenwärtigen Zeit des ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Drucks und der höchsten Gefahr für den Bestand der freiheitlichen demokratischen deutschen Republik seiner Verpflichtungen zum entsprechenden Handeln vollkommen bewußt.

2. **Zur Reichsfinanzpolitik.** Der Sächsische Gemeindebeamtenbund fordert von der Reichs- und Staatsregierung, daß sie die Beamtenfrage vor der durch den Währungsverfall bewirkten stündlich wachsenden Verelendung schützt durch Wiederherstellung der Kaufkraft des Gehalts. Er fordert eine sofortige Währungsreform unter Wahrung der Arbeitsrechte des Reiches, die Einführung wertbeständiger und gerecht verteilter Steuern, wertbeständiger Kredite des Reiches und der Reichsbank, wertbeständiger Anleihen des Reiches und ihre Sicherung durch scharfe Heranziehung der Sondersteuern. Weiter wird von der Reichsregierung gefordert eine gerechte und soziale Währungsreform, die Unterlassung jedes Eingriffes in die wohlerworbenen Rechte der Beamten, Schutz gegen die maßlosen Angriffe gegen die Beamtenfrage in der Öffentlichkeit. Die sächsische Gemeindebeamtenfrage ist bereit, wie bisher, alle aus der Not des Reiches sich ergebenden Opfer zu bringen, erwartet aber gleiche Opferbereitschaft aller Schichten des deutschen Volkes und von der Reichsregierung rückhaltlose Bekämpfung jeder Art von Selbstjuden und Eigenart.

3. **Beamtenrecht und Beamtenrätegesetz.** Der Sächsische Gemeindebeamtenbund spricht sein fürstliches Verlangen darüber aus, daß auch nach vierjährigem Bestehen der Verfassung von Weimar die darin der Beamtenfrage in den Artikeln 128 und 130 gegebenen Zusagen noch unerfüllt sind. Die Beamtenfrage ist es ab, sich weiterhin als Spielball der politischen Parteien benutzen zu lassen. Sie fordert, daß die Grundlagen des Beamtenverhältnisses nun sofort entsprechend dem Entwurf des Deutschen Beamtenbundes durch Reichsgesetz geregelt und das Beamtenrätegesetz mit Schlichtungsausschüssen und Mitbestimmungsgesetz mit Beschleunigung im Reichstage herbeigeführt werden.

4. **Sozialpolitik.** Der Sächsische Gemeindebeamtenbund wird sich mit Entschiedenheit dafür einsetzen, daß der Achtstundentag auch in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben und Verwaltungen grundsätzlich beibehalten wird. Er wird weiterhin allen Versuchen, die soziale Gesetzgebung zu verschlechtern, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

## Angestelltenversammlung

Eine sehr gut besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, für Industrie- und Handelsangehörige, nahm Kenntnis von den Verhandlungen über die Tarifbewegung für den Monat Oktober. In Verbindung hiermit wurde auch Stellung zu den sonstigen wirtschaftspolitischen Fragen genommen, insbesondere zu der von dem Arbeitgeberbund gewünschten Abschaffung des Achtstundentages. Die hierüber erfolgte Diskussion fand ihren Niederschlag in der folgenden einstimmig angenommenen Resolution:

„Die Angestelltenfrage ist unter keinen Umständen gewillt, sich den Achtstundentag nehmen zu lassen. Sie vertritt die Gewerkschaft, daß sie vollkommen hinter ihr steht und bereit ist, mit den schärfsten Mitteln die bestehenden sozialen Errungenschaften zu verteidigen.“

Die Angestellten verwerfen jeden reaktionären Versuch, eine Rechtsregierung im Reich zu bilden, und stehen fest auf dem Boden der Republik. Sie sehen mit Genugtuung auf die sächsische sozialistische Regierung und sind bereit, diese mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

**Asa-Versammlung.** Mittwoch den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Asa-Versammlung statt, in der das Asa-Vorstandsmittglied, Herr Heinig, über die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Generalkonferenzen spricht. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Der Dollar 1 197 000 000,—

Berlin, 9. Oktober. (Wittlich.)

	9. 10.	8. 10.	8. 10.	8. 10.
	Prog.	Geld	Geld	Geld
Amsterdam 1 Gld.	5	47812500	476137500	328175000
Wien. Aires 1 Peso	—	394012500	395987500	275310000
Norwegen 1 Kr.	10	189525000	190475000	181670000
Dänemark 1 Kr.	10	211470000	212530000	149627500
Schweden 1 Kr.	10	819200000	820800000	221445000
Helsingfors 1 F.	—	32718000	32238000	22549500
Belgien 1 Fr.	8	65840000	64180000	41896000
Japan 1 Yre	10	54483500	544835000	37608000
London 1 Gld.	8	5488250000	5515750000	3796500000
Neuport 1 Dollar	6	1197000000	1203000000	835905000
Paris 1 Fr.	5	72817500	7182500	49756000
Schweiz 1 Fr.	10	215400000	216450000	149625000
Spanien 1 Pesta	55	102592500	103471500	112717500
Wien (abg.) 1 Kr.	40	1715700	1724300	117700
Wag 1 Kr.	20	38109500	38290500	24735000
Wabapest 1 Kr.	—	64837	65163	44383

rs. Berlin, 9. Oktober. (Sig. Draht.) Am Devisenmarkt schrumpft das Geschäft von Tag zu Tag zusammen. Es fehlt nahezu an irgendwelchem Angebot. Allerdings wird auch die Nachfrage geringer, einmal angesichts der enormen Mittel, die bei dem heutigen Kursstand für Devisen anzulegen sind, dann aber auch, weil man vielfach annimmt, daß in Reaktion auf die brutale Steigerung der Devisen endlich einmal ein Rückgang erfolgen wird. Die Preisbewegung am Devisenmarkt ist daher auch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bedingt.

## Leben • Wissen • Kunst

### Konzerte

**Josif Ledwerek Te Deum** wurde Sonntag in der katholischen Hauptkirche unter dem dankenswerten Leitung von Kapellmeister Anfangs gedachte man die Aufführung des Wertes mit in den Rang der Jubiläumskonzerte unter Staatskapelle einzustufen. Aber da diese Veranstaltungen sich äußerer Umstände halber verzögerten, und sich über Wochen hinziehende Gedenkfeste allen Einflüssen, so blieb die Aufführung des Wertes außerhalb jener gedachten Konzerte. Nichtsdestoweniger ist sie ein Ereignis der angesehenen Konzertzeit geworden. Unter Te Deum, exp. laudamus (Dux Gott, dich loben wir) ist im allgemeinen ein mit großen musikalischen Mitteln ausgestatteter pompöser Hymnus zu verstehen. Die Führer der siberianischen und napoleonischen Kriege schlugen besonderen Wert auf den „pomposen“ Seite dieses Gottesdienstes: bei jedem Sieg oder Scheitern ihrer Waffen ließen sie in der Dresdner katholischen, ehemaligen Hofkirche das Te Deum anstimmen und ließen dazu den ernen Mund der Kanonen und Glöden. Und da die Glöden dieses Domes in D-Dur gestimmt sind, stand auch die Musik des Te Deum (das von Gasse) in D-Dur, in dessen Dreiklangharmonien Trompeten und Posaunen den Himmel schmetterten. Auch Ledwerek Te Deum steht in dieser aufbegehrend lärmenden Tonart. Aber das ist dabei aufhebend: Ledwerek ist trotz des Überwommens und gar noch gesteigerten Ausdruckapparates ein Intellektueller. Seine Musik ist durchaus inbrünstig, sie lobet, unbekümmert ihrer mächtigen Wirkung, nicht nach außen, auf Neugierliches gehend, auf. Dessen wurde sich auch die nach Überwundenen ähnelnde Zuversicherung bewußt, die wohl empfand, was für Kräfte sich hier auswirkten. Und so schied man tiefbewegt von dem Werke, das (wie der Dichter des Buches) den Weg des Leidens mit Dankesgaben geben heißt. Ledwerek Te Deum ist in seiner Art eines der bedeutendsten Werke der heutigen Kirchenmusikliteratur. Man höre, es bald wieder zu hören. P. B.

**Wiederabend** beginnt mit fünf der köstlichsten, ganz vom Zauber romantischen Gemälden durchzogenen Lieber Robert Schumanns. Ihre Dichter (Heine, Rückert und Eichendorff) allein schon können noch immer unser Herz. Dichterdrank, Knechtelung und Sängervernunft erfüllen gleichzeitig unsere Seele. Und man vergaß, daß die Gesangsstimme eigentlich um eine Oktave zu tief lag (gleich wie wenn eine Violoncelle von einem Violoncell gespielt wird), vergaß auch, daß Lind a. Brodersten am Köhlerflügel nicht alle Werke zu erwidern vermochte. Zwischen diesen romantischen Stücken des Abends und beschwingten Liedern Richard Strauß standen Johannes Brahms' Erste Sinfonie zu Prophezeien- und Apokalypsen, deren erhabene Sprache redet vom Staub, aus dem alles gemacht ist und zu dem es wieder wird, und von der Liebe, die das Größte ist. — Die Konzerte wurden hoch gefeiert. Wenn Brodersten in Dresden seinen letzten Wiederabend gegeben haben wird, darf man

### Vortrag

Das Märchen vom Paradies, wie es das erste Buch Moses erzählt, war der Gegenstand des Vortrags, mit dem Dr. Karl Wolff am Sonnabend seine Dresdner Gemeinde, wobei davon im kleinen Saale der Kaufmannschaft Platz fand, erbaute. Nach kritischer Untersuchung der Hebellieferung, in der ältere Mythen unerschmolzen nebeneinander stehen, wies er auf den tiefen Bestimmungs in der biblischen Darstellung hin: der erste Mensch, der gegen den Willen der Gottheit vom Baum der Erkenntnis kostet, bezog den Raub mit dem Verluste seiner kindlichen Unschuld und verlor den Fluch der „Sünde“ auf alle seine Nachkommen, die so schon durch die Geburt schuldlos schuldig werden. Aber die Sehnsucht nach Wiederkehr des paradiesischen Zustandes, wie sie aus dem brennenden Walden der Apokalypse redet, erfüllt die Menschheit bis auf diesen Tag. In der heute vielleicht mehr als je. Die das Paradies wieder zu gewinnen sei, dazu ludte Dr. Wolff den Weg zu weisen: nicht außerhalb von uns, in uns liegt der Garten Eden; wenn wir uns stillig wandeln und zur Liebe zurückfinden, wandelt sich auch die Welt. — Mit tiefem, doch nicht ohne Ordnung und Gehör der Redner so eine Würde von dem uralten Mythos hinüber in unsere Zeit und erntete am Schluß dankbaren Beifall seiner Hörer. pm.

### Dresdner Kalender

**Theater am 10. Oktober.** Opernhaus: Der Freischütz (7). Volkshaus: Nr. 3945 bis 4003. — Schauspielhaus: Anrecht: Reihe B: Datterich (7). Volkshaus: Nr. 9661 bis 9690. — Neustädter Schauspielhaus: Die Freier (7 1/2). — Residenz-Theater: Der Graf von Breunburg (7 1/2). — Neues Theater (Kaufmannschaft): Geschlossen.

**Volkshochschule.** Mittwoch den 10. Oktober beginnen: Professor Dr. Rudolf Danneberg: Experimentelle Physik, mit Versuchen und Lichtbildern. 3. Teil, 7 1/2 Uhr im Physiksal der Annenschule, Dumboldstraße 3, Wintergebäude; Dr. Wilhelm Junius: Einführung in das Wesen und Werden der Renaissance. 1. Teil, 7 bis 8 Uhr in der Studiengangstraße, Weintraubenstraße 3; Friederike Stritt: Vortragsspiel (nur für Teilnehmer des bisherigen Donnerstagskurses), 7 1/2 bis 9 Uhr in der Studiengangstraße, Weintraubenstraße 3; Dr. Alfred Teucher: Die Mäpfe des Mars. Einführung in himmelkundliche Betrachtungen, 7 bis 9 Uhr im Physikzimmer des König-Georg-Gymnasiums, Fleißerplatz 6. Teilnehmerkarten hierzu in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. oder — solange noch vorhanden — bei den Ausleitern. Die Vortragsreihe von Kurt Gertz (Grundprobleme des Rechts) beginnt erst am 17. Oktober.

In der Sächsischen Landesbibliothek (Japanisches Palais) ist Mittwoch (4—8) das Zimmer der Rosenfelder und die Jakob-Strauß-Ausstellung geöffnet.

### Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend

Unsere Mitgliedern zur Kenntnis, daß die **Sparkasse**

von Donnerstag den 11. Oktober 1923 an sich in unserm **Manufakturwarenhaus, Große Zwingstraße 12, II. Obergeschoß**, befindet. Einzahlungen können täglich (außer Mittwoch) von 9 bis 2 Uhr geleistet werden.

Verzinsung 40 bis 80 Prozent.

Der Vorstand.

### Ball-Anzeiger für Mittwoch den 10. Oktober:

**Donatus Neue Welt**  
Gasthof Wöllnitz  
**Schweizerhäuschen**  
Westend

### Regina

Schreibmaschinen Generalvertreter **Rückwald**  
Alte Treppen

Alte Treppen u. Aufhängelampe von Wöllnitz, Sch. Eisenbahn, Holz u. and. Reparaturen  
Max Haupt  
Bismarckstr. 17, II.

## Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammenlegung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

## Dirin

Derlet's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

## billiges Waschen

Ohne Vorbildung, noch Kunstfertigkeit, an Maschinen, Betriebslehre, Maschinen u. Elektrotechnik bei verlässlicher Ausbildung  
**TECHNIKER-KURSE**  
Private Techn. Abendschule  
Samstags- u. Sonntagsschulen  
Sonderkurse für  
Schiffbau, Maschinenbau, u. dgl.  
Sonntags 11-1, Weichselstr. 11.  
Bismarckstr. 10/11

**Spül-Apparate**  
sämtliche Ersatzteile  
kann man im  
Verandhaus „Dieckmann“  
Freiberger Platz 8  
(Hochhaus) erhalten.

**Das Beste Spielzeug**  
vom Heften durch  
alle Klassen der  
Kunst- u. Gewerbe-  
schulen, Fortbildung-  
Veranstaltungen.

**Ersparnis bringen**  
**May's Kragen**  
mit feinem  
Wachsestoff  
Elegant  
Hygienisch  
Keine Wasch-  
u. Plättkosten  
**May & Edlich**  
Dresden-A.  
Seiffenstr. (alt. Rathaus)

**Spül-Apparate**  
Klynox, Spülkannen,  
Schüsselchen, Leibbin-  
den, Miltierpräp.,  
Unterlag., Ersatzteile  
**Frau Heusinger**  
100 Am See 87  
Ecke Dippoldswalder Platz

**10 Millionen**  
schle ich für neue  
billige Schichten,  
Bau- u. alle  
and. Instrumente.  
**Tappert**  
Wettinerstraße 34.

**Das heilige Kreuz**  
von Jürgen Brand  
Volksbuchhandlung.

### Westend-Theater

Dr.-Löblau, Kesselsdorfer Str. 20  
Ab heute Dienstag den 9. Oktober:  
Nur 3 Tage!  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:  
Der neue Riesenerfolg deutscher Filmkunst.  
Erstaufführung für Dresden!  
**Königin Karoline von England**  
7 Akte aus dem Leben der Braun-  
schweigischen Prinzessin bis zum  
europäischen Skandalprozess ihrer  
Scheidung.  
Hauptrollen:  
Carla Nelsen  
Julie Serda u. Erich Kaiser-Titz  
Ch. W. Kaiser  
Dieses packende Meisterwerk übertrifft alle  
bis jetzt gezeigten historischen Filme.  
Außerdem: (1923)  
**Das gute amerikanische Lustspiel!**  
Anfang wochentags 5, Sonntags 3½ Uhr.  
Einmal jederzeit bis 9 Uhr abends.

### Wilder Mann

Wittwoch den 10. Oktober, abends 7 Uhr  
**Vornehmer Ball.**  
Neueste Schläger! Neueste Schläger!

In unserm Verlage ist erschienen:  
**Gemeindeordnung**  
und Gemeindevahlordnung  
für den Freistaat Sachsen.  
— Vom 1. August 1923. —  
Grundpreis: —.50 Mark.  
**Kaden & Comp., Dresden-N.**  
Wettinerplatz 10. — Fernsprecher: 25261.

### Stannend ist der Erfolg mit J. T. S. Gummi-Absätzen

Selbst ohne Gummiabfüllung aufzunehmen.  
Zeitersparnis!  
Dreifache Haltbarkeit!  
Gummi-Sohlen, -Platten und -Abätze  
unverwundbar im Verkehr.  
**Ludw. Kraemer, Thronstr. 6a, 7b**  
Generaldepot Südost. (F 203)  
**Billiger Rauchtobak**  
100 Gramm von 16 Millionen an; ferner  
**billige Zigaretten**  
noch alte Breite, große und kleine Rollen.  
Verkauft nur an Wiederverkäufer von 1 kg an.  
**Uhlmann, Königsbrücker Straße 11.**  
**Der Rabikalismus**  
in der deutschen Arbeiterbewegung  
Ein soziologischer Versuch von Kurt Geyer.  
Schubden: Grundzahl 3.— M.  
Briviert: Grundzahl 2.30 M.  
In beziehen durch die  
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

## Lebensmittelhaus Hittelsmann, Rosenstraße Nr. 8

**Stirnsocke**  
LÖBTAU  
Hüte  
Mützen  
**Max Kaiser, Wettinerstr. 7**

Nur bei der  
**Marzina**  
G. m. b. H.  
kaufen Sie gut und preiswert  
Schokoladen, Keks, Zuckerwaren  
Verkaufsstelle:  
Dresden-N., Kamener Str. 5  
Tel. 22 466

**Balkan**  
Zigaretten- und Tabakfabriken  
Dresden-A. 16  
Eigene Plantagen und Mani-  
pulationen im Orient  
Fernruf: 31827

**Wollwarenhaus „Saxonia“**  
Löbtau, Kesselsdorfer Strasse 5  
Die Bezugsquelle für gute Qualitäten  
zu billigen Preisen  
**Konditorei**  
**Kaffee König**  
Täglich:  
Gastspiele des beliebten russ.-ukr. Balalaika-Orchesters

**Zelbahnjoppen**  
Mantel, Hosen sowie Zell-  
bahnstoff, echt blaue Kö-  
pergröße, echt schw. Eisenbahnjoppen  
u. Hosen, Winterjoppen, Gummimantel  
wie die schles. Herren- u. Burcheunnsge  
empfehlte feine **Emil Weißhaidt, Bitterstr. 2**  
und nach Maß **Emil Weißhaidt, Bitterstr. 2**  
Wiederverkäufer Rabatt

**Möbel**  
Anfertigung in eigenen  
Werkstätten mit Kraft-  
betrieb  
Dresden-Neustadt  
Lordsstraße 70  
Telephon 16 444  
**Ehrlich**

von  
**Einkauf Gold- u. Silber-**  
gegenstände  
Uhrmacher,  
**D. Löwenberg, Am See 13**

Wilsdruffer  
Strasse 27  
Tel. 15294  
**b. Habermann,**  
Woll- und Baumwollwaren  
Kleiderstoffe, D.-Konfektion

**Ernst Venus**  
Dresden, Annenstraße 28  
**Woll-, Leinen- und  
Baumwollwaren e e**

**Watt- und Steppdecken-Fabrik**  
**Ferd. Ed. Hänel**  
Dresden-A. 1  
Fabrik: Mühlgraben 4 — Ladeg.: Kanalstraße 1  
Fernsprecher 29 627 — Gegründet 1868

**Georg Münch**  
Grunauer Strasse 31  
Telephon-Sammelnummer: 25741  
Butter, Käse, Schmalz, Corned beef,  
Speck, Margarine  
**Lebensmittel-Grosshandlg.**

**Geschäftliche Rundschau**  
und **Dauer-Fahrplan**  
Ohne Gewähr! — Musterschutz.  
Abfahrtszeiten:  
Vorwärts bis Tharandt: 3.40,  
5.25 (w.), 5.50, 6.20, 7.04 (n. Possen-  
dorf), 7.50, 8.55, 9.15, 9.42, 10.16 (nach  
Possend.), 11.20, 12.15 (w.), 1.02 (nur  
n. l. W. j. W.), 1.14, 1.55 (n. n. l. W. j.  
W.), 2.06 (n. Possend.), 2.10, 3.12, 3.34,  
4.09 (w. sud. n. l. W. j. W.), 4.17 (w.),  
4.32 (w.), 4.41, 5.00 (w.), 5.06 (n. Possend.),  
5.50 (w. n. l. W. j. W.), 5.45, 6.15 (w.  
n. am l. W. j. W.), 6.26, 6.56, 7.22, 9.10  
(nach Possend.), 2. l. n. Mittw., 9.20,  
10.00, 10.55 (n. Possend. nur f. n.  
Mittw.), 11.12, 12.17.

**Hans Trede Löbtau**  
Kesselsdorfer Str. 19  
Uhrmachermeister — Optiker  
Brillenlieferant der Krankenkasse

**Klemm**  
**Kaffee**  
**Tee**  
Groß- und  
Kleinhandel  
**Kakao**

**Tuchhandlung Pörschel**  
Scheffelstraße 19 : Telephon 13725  
**Dresdner Leder- u. Segeltuchwarenfabr.**  
**Gebr. Mast, Dresden-A.**  
Freiberger Strasse 47/49  
Spezialitäten:  
Gamaschen, Ruckelücke, Artikel für  
Hande-, Jagd- und Fußball-Sport.  
Die Schutzmarke „Horridoh“  
garantiert in Saftarbeit.  
Zu haben in allen einschlägigen  
Spezial-Geschäften.

**Strassburger Hut-Bazar**  
Dresden's größtes Spezialhutgeschäft  
Wettinerstr., Ecke Gr. Zwingstr.

**Herm. Rosenberger**  
Dresden-A., Moritzstraße 1, I.  
Lederwaren, Galanterie- und  
Spielwaren - Grossgeschäft

**Gummiwerk**  
**Reinhard Leupolt**  
Wettinerstraße 26

**Strickwollen**  
billigt im  
**Strumpfhaus Günther**  
Ecke Seebir. — Breite Str. 2

**Edel Dubec**  
Zig.-Fabr. „Edel“, Dresden

**A. Lewinsohn**  
Annenstraße 19, I.  
Herren- und Knaben-Garderobe

**Hermann Huberty**  
Prager Straße 6  
**Herren-Maßgeschäft**  
**Deutsche Kohlenhandels-gesellschaft**  
Lager: Siemensstraße  
Lager: Elbe — Hindenburgstraße  
Mouthörs: Prager Straße 52

**Felle** aller Art  
sowie **Säcke**  
Leinwand  
**Gläsener-Verkaufshaus**  
Reisewitzer Straße 26

**Seidenhaus**  
**Carl Schnelder**  
Altmarkt 8  
**Deutsche Kohlenhandels-gesellschaft**  
Lager: Packhof — Marienbrücke  
Lager: Spenerstr. — Borsbergstr.  
Telephon-Sammelnummer 25036

**H. Schiermann**  
Mehlhandlung  
Dresden-A., Grunauer Strasse 26  
Fernruf: 22140, 21042

**„Odessa“**  
Zigarettenfabrik Dresden-N.  
Alaunstraße  
**Billige Konsumzigaretten**  
**Jacoby & Sohn,** — Frauenstraße 7 —  
Webwarengroßhandlg.

**Perl & Sohn**  
Konfektion, Arbeiterbekleidung u. Schuhwaren-Grosshandlg.  
Palmstraße 13 — Telephon 26 644

### Die Finanzlage der sächsischen Gemeinden

In der letzten im Neuen Marksaal zu Dresden abgehaltenen Vorstandsitzung des Sächsischen Gemeindebundes wurde wiederum eine große Anzahl wichtiger Gemeindefragen behandelt:

Vor allem hat sich der Vorstand mit der trostlosen und unhaltbaren Finanzlage der sächsischen Gemeinden befaßt, die namentlich im September eine Verschärfung erfahren hat, wie sie kaum überboten werden kann. Die Gemeinden sind beim Fehlen irgendwelcher nennenswerter eigener Einkünfte vollständig auf die Reichsüberweisungen der Steuern angewiesen, die ihnen in völlig ungenügender und verspäteter, daher entbehrlicher Form zugehen. Wenn die Gemeinden bisher sich tatsächlich noch mühsam aufrecht erhalten haben, so ist dies zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie neben Inanspruchnahme aller irgendwie ordnungsmäßig geordneter Beihilfe und Hilfsmittel sich auch anderer Mittel bedient haben, die im Rahmen eines geordneten Gemeindefinanzwesens nicht ohne Bedenken sind. Das Reich hat auf wiederholtes Drängen des Sächsischen Gemeindebundes und der Regierung mit Krediten geantwortet, die wohl auf Tage eine Entspannung bewirken, aber ebenfalls ungenügend sind. Der Vorstand hat es deshalb als notwendig erachtet, daß das Reich sofort mit entsprechenden höheren neuen Vorschlägen auf die künftigen Steuerüberweisungen einspringt und daß ferner die Finanzämter angewiesen werden, von dem bei ihnen eingehenden Umsatzsteuereinkommen einen entsprechenden Anteil den Gemeinden ihres Bezirkes sofort zurücküberweisen, anstatt erst das umständliche monatliche Verteilungsverfahren über Berlin abzuwarten.

Während das Finanzausgleichsgesetz am 23. Juni d. J. endgültig beschlossen worden ist, macht sich die Forderung des sächsischen Vollzugsbundes, das bekanntlich die Steuerverteilung zwischen dem Lande und den Gemeinden regelt, notwendig. Ein Regierungsentwurf liegt noch nicht vor. Die Wünsche der Gemeinden sind bis jetzt der Regierung in der Richtung vorgebracht worden, daß Abänderungen des bisherigen Grundsatzes der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Ueberlassung der Grund- und Erwerbsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer und Ueberlassung der Grund- oder Grundsteuer an die Gemeinden erstrebt werden. Der Vorstand wird jedoch endgültig erst Stellung nehmen, wenn der Entwurf der Regierung bekannt ist.

Von der Einberufung einer Mitgliederversammlung des Sächsischen Gemeindebundes wird mit Rücksicht auf die Annäherung der Reichswahl in diesem Jahre abgesehen. Das sächsische Justizministerium hat bekanntlich an der Uebernahme der gemeindefinanziellen Mitbestimmungsämter auf die Amtsgerichte zum 1. Oktober d. J. festgehalten. Dabei hat der Sächsische Gemeindebund auf das lebhafteste protestiert, daß die bisher bei den Gemeinden mit der Durchführung der Aufgaben der Mitbestimmungsämter betrauten Beamten vom Staate übernommen werden sollten. Das Ministerium hat diesen Antrag jedoch beharrlich abgelehnt und sich nur unerbittlich damit erklärt, in einzelnen Fällen die Uebernahme einzelner Beamter in Erwägung zu ziehen. Dieser Beschluß der Regierung ist sowohl vom Standpunkte der Beamten wie auch der Gemeinden, die den nunmehr überhöhten Lasten gegenüber in eine schwierige Lage kommen, zu bedauern. Entlassungen in den Gemeinden müssen deshalb vorgenommen werden.

Zahlreiche sächsische Gemeinden haben in Vorkriegszeit mit dem Staatsschatz Verträge wegen der Uebernahme von Staatsstraßenabschnitten in eigene Unterhaltung abgeschlossen und dafür eine Abfindungssumme erhalten, von deren Zinsen zwar teilweise die Unterhaltung der Straßenstraßen möglich war, die aber heute naturgemäß völlig unzureichend ist. Das Finanzministerium hat es aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, dem Antrage auf Erhebung dieser Abfindungsbeträge näherzutreten. Die Gemeinden sind bei dieser Sachlage gegenwärtig vor unlösliche Aufgaben gestellt, zumal sie als Wegeunterhaltungspflichtige die erzwungen durch den schlechten Straßenzustand entstehenden Unglücksfällen schadenverhütend tätig werden können.

Der Sächsische Gemeindebund hat schon vor längerem dem Reichsministerium ersucht, die Liste, die bisher von den Gemeinden zum Zwecke der Wahl der Schöffen und Geschworenen eingereicht war, mit Rücksicht auf die den Gemeinden bei den heutigen Verhältnissen dadurch entstehenden außerordentlich hohen Aufwendungen zu vereinfachen. Nach dem am 11. Juli d. J. erlassenen Reichsgesetz kann die Landesverwaltungsstelle solche Vereinfachungen anordnen. Der Sächsische Gemeindebund hat daraufhin das sächsische Justizministerium ersucht, die sächsische Ausführendverordnung nunmehr möglichst umgehend zu erlassen und nicht etwa nur, wie ursprünglich vorgesehen war, auf Gemeinden von über 20000 Einwohnern zu erstrecken. Diesem Antrage ist inzwischen durch eine Bekanntmachung des Justizministeriums in der Sächsischen Staatszeitung vom 26. September entsprochen worden.

Durch die Reichsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1916 (RGBl.

S. 807) und die sächsische Verordnung vom 13. April 1923 (Sächsl. Staatszeitung vom 14. April) wird den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Unterhaltung von Preisprüfungsstellen zur Pflicht gemacht. Die Kosten sind von den Gemeinden zu tragen. Der Vorstand beschloß, durch eine Eingabe an das Reichsministerium die Uebernahme dieser Kosten auf das Reich zu beantragen.

Die Regierung hat den Antrag des Sächsischen Gemeindebundes, allen sächsischen Gemeinden mit bezugsfähigen Gemeindefischerpolizeibeamten das Fahndungsblatt unentgeltlich zu liefern, abgelehnt. Es wird beschloffen, den Antrag zu erneuern und vor allem die Zusammenlegung der jetzt noch bestehenden vier Verwaltungsbüros der einzelnen sächsischen Ministerien zu beantragen.

### Sachsen Gemeindefragen

Auf Grund mehrfacher Anfragen weist das Ministerium des Innern darauf hin, daß ein Bürgermeister, Gemeindevorstand, Stadtschultheiß oder Gemeindefischer, der nach der neuen Gemeindeordnung zum Gemeindevorstand gewählt wird, durch die Annahme der Wahl sein Amt nicht verliert, sondern bis zum endgültigen Inkrafttreten der Gemeindeordnung vom 1. August 1923, trotzdem er Gemeindevorstand ist, in seinem bisherigen Amte verbleiben darf.

### Wahlberechtigungsalter und Listenabgabe

Zur Hebung verschiedener Zweifel über die Auslegung des § 24 der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 und § 4 der Gemeindefischerordnung vom 1. August 1923, die dem Ministerium des Innern vorgebracht worden sind, wird auf folgendes hingewiesen:

1. Wahlberechtigt sind nur Reichsdeutsche.
2. Die beiden anderen in § 24 der Gemeindeordnung genannten Voraussetzungen (Wohnung des 20. Lebensjahres und Wohnen in der Gemeinde (betrifft hierzu § 4 Gemeindefischerordnung)) müssen am Wahltag erfüllt sein.
3. In die Liste (Wählerliste oder Wählerkarte) sind deshalb auch Personen unter 20 Jahren aufzunehmen, die zwar nicht bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, aber bis zum Wahltag des 20. Lebensjahres vollendet haben.
4. Wer zur Zeit der Listenabgabe und bis zum Ablauf der Auslegungsfrist nicht in der Gemeinde Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, kann nicht eingetragen werden, auch wenn er behauptet, daß er am Wahltag dort wohnen werde. Nach Ablauf der Auslegungsfrist kann er nicht mehr in die Liste eingetragen werden und deshalb auch nicht wählen, selbst wenn er vor dem Wahltag noch seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort in die Gemeinde verlegt hat.
5. Wer in einer Gemeinde weder einen Wohnsitz noch seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort, sondern nur Grundbesitz oder einen Gewerbebetrieb hat, kann dort nicht in die Liste eingetragen werden.
6. Wer in die Liste eingetragen ist, kann nach Ablauf der Auslegungsfrist nur noch in Erledigung eines rechtzeitig angebrachten Einspruchs und nach Abschluß der Liste überhaupt nicht mehr gestrichen werden. Dies ist zwar nicht in § 6 Abs. 2 Gemeindefischerordnung ausgeführt, ergibt sich aber aus dem Begriffe des Listenabstufes (§ 5 Abs. 3 Gemeindefischerordnung). Eine geschlossene Wählerliste ist eine öffentliche Urkunde. Sie darf nicht mehr geändert werden, wenn nicht eine ausdrückliche Gesetzesvorschrift (vgl. § 31 Abs. 1 der Bundsgemeindefischerordnung) dies vorsehrt oder zuläßt.

### Gegen die Politik der Reichstagsfraktion

In einer Versammlung der Chemnitzer Funktionäre der K. P. D. wurde eine Entschließung angenommen, in der der scharfe Protest gegen den Beschluß der Reichstagsfraktion, in das neue Kabinett der großen Koalition einzutreten, zum Ausdruck gebracht wurde. In der Tat, daß dem Kabinett Stresemann diktorische Vollmachten gegeben werden, erkläre, so wird gesagt, die Chemnitzer Funktionäre die legale Vorbereitung der wirtschaftlichen und politischen Diktatur der Gegenrevolution über die Arbeiterklasse. Die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess wird gefordert. In einer anderen Resolution wird der Rücktritt der kompromittierten Führer der K. P. D. gefordert, damit die Einheit der Partei nicht noch mehr in Frage gestellt werde. Der Bezirksvorstand der K. P. D. für den Bezirk Zwickau-Planen hat in Gemeinschaft mit den Vorständen der Unterbezirke am Sonntag eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die neue Regierung der großen Koalition, in der die Sozialdemokratie noch einflußreicher sei als vorher, eine Gefahr für die verfassungsmäßigen und sozialpolitischen Freiheiten der Arbeiterklasse sei. Der Bezirk erklärt die Entschließung der Reichstagsfraktion als einen Schlag gegen die Partei. Der sofortige Zusammentritt eines Reichsparteitagess wird gefordert, um zur politischen Haltung der Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen.

### Der sächsische Arbeitsmarkt vom 30. September bis 6. Oktober 1923

Die Arbeitsmarktlage im Freistaat Sachsen gestaltete sich in dieser Periode infolge erneut vorgenommener Arbeitsverlagerungen, Entlassungen und Wiederbeschäftigungen in allen Berufsgruppen weiterhin ungünstig, so daß die Zahl der Erwerbslosen und der Hilfsarbeiter wiederum eine beträchtliche Vermehrung erfahren hat. Bedarf an Arbeitskräften meldete nur vereinzelt die Landwirtschaft, doch steht auch hier zu erwarten, daß nach Beendigung der nachfruchtlichen Entlassungen in größerem Maßstabe erfolgen werden. Durch Inanspruchnahme von Hilfskräften ist zwar versucht worden, Erwerbslosen wenigstens vorübergehend Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, doch konnten diese Maßnahmen nur zu einer beschränkten Minderzuzugung der Arbeitsmarktlage führen.

Beamtensoldat. Die Besoldung für die Berechnung der Beamtenbezüge wird für die Zeit vom 9. bis 18. Oktober 1923 vorläufig auf 14 000 bzw. 14 140, 14 400, 14 840 festgesetzt werden. Als Jahrlage ist der 11. Oktober 1923 in Aussicht genommen.

### Dresdner Chronik Stadthaus Theaterstraße II

Die innere Gestaltung des Hauses ist folgerichtiger durchgeführt als die äußere. Mehr als das. Vielleicht war es die Not der Zeit, die hier erzwungen hat, was wir erstreben und erreichen müssen: Einheit, Klarheit und Sachlichkeit mit knappen Mitteln.

Hier liegt die Stärke des Hauses und seine richtunggebende Bedeutung für das Stilbuch der Gegenwart. Einfach und doch steht die unverfälschte Konstruktionsweise in den fertigen Räumen — nicht fälschend, sondern mit starker Eigenart und eigener Schönheit. Nirgends ist sie verdeckt oder verkleidet. Zur Gegenteile. Es ist, als hätten die Schöpfer die Eigenart des Eisenbetons entdeckt. Sie haben sie nicht durch Scham und Dekoration verheimlicht — wie noch im Neuen —, sondern betont. Alles, was diese Klarheit stören könnte, ist im Innern ferngehalten worden. Die sichtbare, betonte Konstruktionsweise und ihr Material, der Beton, bestimmt von sich aus die Raumgestaltung.

Die Haupttreppe erhebt sich geistig in ihrer Anordnung. Die Schmuckformen an den Konstruktionen empfindet man hier noch als gewollt, bizarr und einbehrlich. Doch bereits der freie Schwung des Treppenaufbaues durch die vier Geschosse zeigt den Charakter der Eisenbetonform. Die Brüstungen sind noch nicht gefestigt. Sie geben der Treppe eine Regung zur Plumpheit. Schmerslich vermehrt man helle Verkehrswege. Aus Gründen der Einsparnis liegen beiderseits der Gänge Bureauräume. Obwohl die Bindungsbalken nach den Treppen nicht geben, einzelne Lichtstrahlänge angeordnet und Oberlichte in den Bureaueingangsbereichen vorhanden sind, ist die Beleuchtung nicht zureichend. Auch wenn die Türschwelle eben noch zu lesen sind. Der gewählte bläulich-bunte Wand- und Deckenputz verleiht diesem Zustand. Ein sonntiges Gebilde in den Treppenhäusern würde aufhellend gewirkt haben. Auch wäre damit eine sichtbare Einheit aller Verkehrswege erzielt worden.

Den künstlerischen Mittelpunkt des Gebäudes bildet die Städtische Bücherei. Niemand sollte verkümmern, sie aufzusuchen! Sie ist täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 8 Uhr nachmittags geöffnet. Mit ihrer großen Halle der Bücherabgabe im Erdgeschoss, der — unentgeltlich zu benutzen — Garderobe mit rechts und links anschließendem Lesungs- und Bücherlesesaal im ersten Obergeschoss ist sie ein Meisterwerk neuer Baukunst.

Die große Halle der Bücherabgabe im Erdgeschoss ist rückwärts verbunden mit einer Rotunde, in der, auf zwei Solbühnen verteilt, der Bücherleser untergebracht ist. Er erhält rund 200 000 Bände Bücher. Ein Oberlicht über der Mitte des Raumes erhellt ihn zweckmäßig und reizvoll. Die Betonkonstruktion ist in voller Eigenart sichtbar. Die Pfeiler tragen einfache Kapitellbildungen, die vom Steinmännchen ausgeht worden sind. Vom saften Grün der Wandputzflächen hebt sich das warme Grau des Eisenbetons harmonisch ab. Auch Wände und Prüstung der Ausgabetafel sind von Beton, die Prüstung roh, mit eingestemtem Mauerwerk, die Wände poliert. Sämtliche Laternen im Gebäude sind aus Beton. Das ist billiger als Holz und praktischer, da Reparaturen und Erneuerungen nicht erforderlich sind.

Über dieser Halle liegt im ersten Obergeschoss die geräumige Garderobe. Ihre Wände sind gelb gefärbt. Nach

### Der Schwärmer von Bazancourt Von Otto Thielemann

Mit einem kurzen Seitenblick auf seine Enkelin: „Marie, die Frauen laß erlaubst sein...“ Und seine Stimme schwoll zu unheimlichem Grollen. „Laß keine ans den Augen... wenn eine sich vergessen will... du siehst ins Herz, du kennst sie alle... strafe sie... sie sind verflucht... ich polle auf, auf meine hier... ich helfe dir...“ Doonnie neigt sich den tieferschütteten Kopf, bekrummt sich kühnlich und steht auf. Er dreht den Oberkörper nach ihr um und schreit sie an: „Wo willst du hin? Weißt hier! Wart', bis ich fertig bin! Ich will dir noch was sagen!“ Dann bricht die Stimme ab, und weinerliche Töne fließen über seine Lippen: „Du Schmerzensreiche kennst das Herz der schwachen Weiber. Sie denken nicht an dich und an ihr Vaterland.“ Von neuem schwillt die Stimme an: „Sie sind verflucht... den Teufel haben sie im Leibe.“ Denn zu Doonnie mit hagerfühltem Ton: „Knie nieder, sag ich dir!“ Und so sie sagt: „Weiß, zum letztenmal, knie nieder! Ich helfe dir.“ Verächtlich kniet sie nieder und birgt in heißer Scham ihr Antlitz in den Händen. Er wartet mit den Worten, betrachtet sie genau, spricht ägernd Wort für Wort, um so, mit ihnen rechnend, wie mit Rabelflächen sie zu treffen: „Laß unsre Toten nicht vergessen sein... laß sie an ihren Vater denken... er starb für sie durch diese Hunde... gib deinem Volk den Sieg... wir schwören dir, Marie, wir wollen alle Preußen hassen, die unser Land...“ Entschlossen hebt Doonnie sich schnell vom Boden, bekrummt sich eilig, will hinaus. Da springt der Alte auf, so möglich, als hätte er die Flucht schon längst erwartet, packt sie am Arm, reißt sie zurück und stößt sie wieder in die Knie. Aus seinen Augen lodert Haß, und Haß verzerrt die bleichen Lippen, macht sein Gesicht zu einer giftig-schwarzen Fratze. „Verfluchtes Weib! Du Hure, willst du jetzt bekennen?

Du Laß, du sollst der Jungfrau dankbar sein, wenn sie uns hilft. Sie hilft, du Weib! Die Bande sprich ja schon von dir in allen Gassen; willst du jetzt leiten!“ „Ich habe schon“, ruft sie gewaltig. „Laß mich doch los, Großvater, laß mich los!“ Neht sie mit Tränen in der Stimme. „Du Weib, hast schon gebetet? Was hast du denn gebetet? Für deinen Diebstahl, he? Du Hure, sprich jetzt nach!“ „Sie ruht vergeblich sich auf seinen harten Fingern, die wie ein Schraubstock halten, zu befreien. „Sieh mich doch an, du Weib! Du hast ihn wohl sehr gern? Den Hund?“ Er naht mit seinen fieberheißen Widen. Sie wendet sich voll Angst und Wischen ab. Die Worte überstürzen sich. „Was hast du denn gebetet? Er hat dich wohl gelobt? Die schönen Augen, Ländchen, was? Hat dich auch wohl gestreichelt, he? Er nennt dich wohl schon Liebchen?“ Er reißt brutal an ihren Armen. „Sag, Weib, was will der Kerl von dir? Was hat er dir versprochen, he? Will er zum Dank mich niederstrecken und unser Haus abbrennen?“ Er wirft sie an die Erde. Dampf schlägt sie auf. Sie wimmert kühnlich und wagt nicht aufzustehen; sie fürchtet seinen Wahnsinn. Und seine Stimme brüllt: „Sprich nach! Marie, laß dieses Rad verreden, sie laugen uns das Blut. Sprich nach! Willst du jetzt sprechen?“ Und drohend hebt er seine Faust und läßt sie niederstürzen. Da schreit sie auf: „Maria hilf!“ Die ganze Angst des überführten Herrschens lag in dem Ruf, die ganze Qual der schonungslos zerissenen Seele. Aus ihren Augen quillen heiße Tränen... „Sprich weiter, Weib!“ „Laß los, laß los, du tußt mir weh!“ Zum zweitenmal laßt seine Faust herab. Da tritt ihr Herz, von neuem auf die Lippen und ihre Stimme geht: „Ach Gott im Himmel, mach der Rot ein Ende!“ „Was, Ende? Wir sind noch nicht am Ende. Wir fangen ja erst an! Jetzt kommt es erst!“ Er stöhnte galling

durch die Zähne. Sein ganzer Körper bebte. Die langen Haare fielen um den Kopf. „Wir wollen Blut von diesen Hunden. Haben sie nicht auch gemordet? Ni nicht dein Vater tot? Und Gustave Bogard und Marquerou? Soll sich mein Sohn im Grab umdrehn vor solcher Surentöchter! Solange ich noch bin...“ Er wollte wieder schlagen; sie schrie und warf sich auf den Boden. Da häuete ihre Mutter in das Zimmer und laß die Tochter schluchzend an der Erde. Sie hatte ihren wilden Schrei gehört. Den Alten sieht sie mit erhobener Faust. Sie saß ihn schnell am Kopf, reißt ihn zurück. „Was, Kerl, willst du das Mädchen töten? Du Teufel? Du hast auch meinen Mann getötet! Laß sie in Ruhe! Komm her, mein Kind! Steh auf! Komm her, Doonnie! Komm her, zu deiner Mutter!“ Verflucht starrt sie der Alte an. Der Geißer flieht aus seinem Munde. Erschrocken läßt er seine Hände sinken. Er schreit und starrt nur seine Schwägerentochter ohne Verständnis an. Sein Körper bebt noch nach. Er kann die Worte nicht begreifen. Das Dunkel seiner Augen ist erloschen. Doonnie erhebt sich ättern und wirft sich ihrer Mutter kühlend an die Brust. Neht, wo sie sich geborgen glaubt, bricht rüchhaltlos der Schmerz aus ihrem Herzen, und reichlich fließen ihre Tränen über ihre Hände. Die Mutter streichelt ihrer Tochter liebevoll das Haar und flüstert ihr erregte Worte zu: „Sei ruhig, Kind, ich bin bei dir, er darf dir nichts mehr tun!“ Der Alte fühlt, daß seine Enkelin durch den Schug der Mutter in ihrem Trost bestärkt wird, und daß er ganze Arbeit machen muß, wenn er das Uebel an der Wurzel packen will. Zornig reißt die Leidenschaft verstärkt ihr Haupt, und die Kerle triumphieren. Aber ganz dumpf steht er auch etwas wie Gefahrt. Ganz dunkel fühlt er, wie die Furcht in seinem Hirn aufsteigt. Er schaut sich jetzt, jetzt anfassend. Sein Bild wird lauernd, und er preßt die Frage durch die Zähne: „Was sagst du da? Ich habe deinen Mann getötet? Willst du verrückt?“ Er horchte gespannt. (Fortsetzung folgt.)

